

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
(22. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Uwe Hixsch,  
Dr. Heidi Knake-Werner, Dr. Ilja Seifert und der Fraktion der PDS  
– Drucksache 14/5585 –**

### **Für den Erfolg des Stockholmer EU-Gipfels zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik**

#### **A. Problem**

Der Europäische Rat ist am 23. und 24. März 2001 im Rahmen der schwedischen Ratspräsidentschaft zu seiner ersten jährlichen Frühjahrstagung über Wirtschafts- und Sozialfragen zusammengetreten. Auf diese Tagungen hatte sich der Europäische Rat Nizza vom 7. bis 9. Dezember 2000 geeinigt. Aufgabe dieser Frühjahrstagungen des Europäischen Rates ist es nach den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates Nizza auf der Grundlage der Berichte der Kommission und des Rates und eines regelmäßig aktualisierten Fortschrittsanzeigers, die Umsetzung der Europäischen Sozialagenda zu prüfen. Das strategische Ziel ist dabei die vom Europäischen Rat Lissabon am 23./24. März 2000 vereinbarte Vorgabe, die Union in den nächsten zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen. Der Europäische Rat Stockholm befasste sich mit der demographischen Herausforderung einer alternden Bevölkerung, in der sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter immer mehr verringert, erörterte die Fragen der Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, der Beschleunigung der Wirtschaftsreformen, der Modernisierung des Europäischen Sozialmodells und der Nutzung neuer Technologien, formulierte strategische Vorgaben für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf ein nachhaltiges Wachstum und die Schaffung stabiler makroökonomischer Bedingungen, kam darin überein, die Verfahren zu verbessern, damit die Frühjahrstagung des Europäischen Rates zu der zentralen Veranstaltung für eine jährliche Prüfung von Wirtschafts- und Sozialfragen wird und kam überein, Möglichkeiten für eine aktive Beteiligung der Beitrittsländer an den Zielen und Verfahren der Lissabonner Strategie zu finden. Mit dem vorliegenden Antrag wird auf den Stockholmer Gipfel eingegangen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 14/5585 abzulehnen.

Berlin, den 6. Juli 2001

### **Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

**Dr. Friedbert Pflüger**  
Vorsitzender

**Günter Gloser**  
Berichterstatter

**Dr. Martina Krogmann**  
Berichterstatterin

**Christian Sterzing**  
Berichterstatter

**Dr. Helmut Haussmann**  
Berichterstatter

**Dr. Klaus Grehn**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Günter Gloser, Dr. Martina Krogmann, Christian Sterzing, Dr. Helmut Haussmann und Dr. Klaus Grehn

### 1. Beratungsverfahren

Der Antrag der Fraktion der PDS „Für den Erfolg des Stockholmer EU-Gipfels zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ (Drucksache 14/5585) wurde in der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. April 2001 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union federführend sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/5585 wurde in der 55. Sitzung des **Ausschusses für Wirtschaft und Technologie** am 20. Juni 2001, in der 94. Sitzung des **Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung** am 20. Juni 2001 sowie in der 71. Sitzung des **Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** am 27. Juni 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

### 2. Gegenstand des Antrags

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, auf dem Frühjahrgipfel in Stockholm dafür einzutreten, dass die aus dem Lissabonner Beschäftigungsgipfel abgeleiteten – einseitigen unternehmerfreundlichen – Maßnahmen korrigiert und um klare Zielvorstellungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Sicherung und dem Anstieg von Beschäftigung ergänzt werden, dass ein arbeitsmarktpolitischer Fahrplan für die Beitrittsländer vorgelegt wird und falsche Weichenstellungen korrigiert werden, die aus der „Modernisierung des Europäischen Sozialmodells“ abgeleitet werden und die die Beschäftigungspolitik im Kern als „verbesserte Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer“ definieren. Die Bundesregierung

wird darüber hinaus aufgefordert, die „langfristige Bezahlbarkeit der Renten“ als einzige Schlussfolgerung aus der demographischen Entwicklung nicht zum Ausgangspunkt für Reformen zu machen, vielmehr die solidarische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Agenda zu rücken. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Verbindlichkeit der in der Europäischen Charta der Grundrechte genannten sozialen Grundrechte als einstweiligen Mindeststandard einzusetzen und sich dem Versuch entgegenzustellen, wichtige und unverzichtbare gesamteuropäische gesetzliche Regelungen des Arbeitsmarktes und des Sozialschutzes in die Verantwortung der „Sozialpartner“ abzuschieben. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, sich der gemeinschaftlichen Zielvorgabe eines Beschäftigungsgrades von 70 % anzuschließen, das Engagement des Rates und der Kommission zur Gleichstellung von Frauen ausdrücklich zu unterstützen, sich für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft einzusetzen und die vorhandene Armut in Europa nicht zu bagatellisieren.

### 3. Beratungsverfahren – federführender Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in mehreren Ausschusssitzungen Vorabunterrichtungen durch die Bundesregierung über den Europäischen Rat Stockholm und in seiner 65. Sitzung am 14. März 2001 eine Unterrichtung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, und Staatssekretär Cajo Koch-Weser aus dem Bundesministerium der Finanzen erhalten.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/5585 wurde in der 73. Sitzung des Ausschusses am 27. Juni 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Berlin, den 6. Juli 2001

**Günter Gloser**  
Berichterstatter

**Dr. Martina Krogmann**  
Berichterstatterin

**Christian Sterzing**  
Berichterstatter

**Dr. Helmut Haussmann**  
Berichterstatter

**Dr. Klaus Grehn**  
Berichterstatter